Nach der Rechtsprechung des EuGH wird in diesen Fällen die Klagebegünsis der konkurrierenden Dritten daher schon dann bejaht, wenn sie in ihren Interessen beeinträchtigt werden; dies wird - jedenfalls bei individuellen Beihilfen - angenommen, wenn der klagende Wettbewerber im selben Marktsegment wie der Beihilfenermpfänger tätig ist 63).


Auf der anderen Seite ist nicht zu bestreiten, daß die Flut der Entscheidungen und die daraus resultierende Notwendigkeit der Übersetzungen eine große administrative Belastung für die Kommissionsdienststellen bedeutet. In der gegenwärtigen Praxis ergeben sich daraus erhebliche, manchmal kaum akzeptable Verzögerungen, die sich für den Beihilfeempfänger in fehlender Rechtssicherheit niederschlagen. Dieser Widerspruch zwischen Transparenz und Rechtsschutz einerseits sowie Effizienz und Rechtssicherheit andererseits hat die Kritik der Kommissionsrichter auf Art. 26 der VerfahrensORD (Veröffentlichungs der Entscheidungen) und Art. 20 III der VerfahrensORD (Zugang der Beihilfeempfänger) getroffen 65. Die verfassungsrechtliche Eigentumsschutzgrundrechte Die verfassungsrechtliche Eigentumsschutzgrundrechte die verfassungsrechtliche Eigentumsschutzgrundrechte die verfassungsrechtliche Eigentumsschutzgrundrechte Die verfassungsrechtliche Eigentumsschutzgrundrechte die verfassungsrechtliche Eigentumsschutzgrundrechte die verfassungsrechtliche Eigentumsschutzgrundrechte

Professor Dr. Christian Koenig L.L. M. und Jens-Daniel Braun, Bonn

Eigentumsschutz nach Art. 14 GG für durch staatliche Beihilfen Erworbenes?

Die verfassungsrechtliche Eigentumsschutzgrundrechte die verfassungsrechtliche Eigentumsschutzgrundrechte die verfassungsrechtliche Eigentumsschutzgrundrechte die verfassungsrechtliche Eigentumsschutzgrundrechte die verfassungsrechtliche Eigentumsschutzgrundrechte die verfassungsrechtliche Eigentumsschutzgrundrechte die verfassungsrechtliche Eigentumsschutzgrundrechte

I. Der Einfluß des EG-Rechts auf deutsche Grundrecht

Nach der Rechtsprechung des EuGH genießt das Gemeinschaftrecht einen uneingeschränkten Anwendungsvorrang gegenüber jedem nationalen Recht, also auch gegenüber dem deutschen Grundrecht. Das Gemeinschaftrecht verwirft sich aber auch bei der Auslegung Grundrechtlicher Bestimmungen über das Gebot gemeinschaftsrechtkonformer Auslegung nationaler Grundrechte Bedeutung. So wie eine Erstkommend der Schutzgewähr der Deutschengrundrechte (insb. Art. 12 GG) ratione personae auf Unionsbürger kraft des Anwendungsvorranges des Gemeinschaftsrechts (z. B. im Bereich


der Arbeiternehmervertreterzugehörigkeit oder des allgemeinen Diskriminierungsverbots) geboten ist. \( \ldots \) kommt zugleich auch eine Modifizierung des positiven Schutzgewährungspruches deutscher Grundrechte in Betracht: Kraft des Anwendungsverzichtes des EG-Rechts kann nämlich die Schutzrechtlichkeit bestimmter Rechtspositionen gemindert sein (etwa wegen der "Belastung" durch das EG-Beihilfeverbot nach Art. 87, 88 EGV). Umgekehrt bietet das EG-Recht eigene Schutzansprüche - etwa aus den Gemeinschaftsgrundrechten im allgemeinen oder den Verfahrensrechten im Beihilfalastungsverfahren nach Art. 88 EGV (ex Art. 93 EG) im besonderen. Im folgenden werden diese Überlegungen anhand des Beispiels der asymmetrischen Regulierung des Netzzugangs illustriert.

II. Auswirkung der EG-priparatrechterlichen Vorgaben auf die Auslegung von Art. 14 GG am Beispiel der asymmetrischen Regulierung des Netzzugangs zu Lasten des ehemaligen Staatsmonopountersnehmens Deutsche Telekom AG

1. Der Begriff und die Bedeutung der "asymmetrischen Regulierung"


2. Das Festnetz und das EG-Beihilfeverbot


5 In diesem Betrag wird bereits die neue Artikelnummerung des EG Vorschriften berücksichtigt, die durch den Amsterdamer Vertrag eingeführt wurde. Zur besseren Orientierung wird in Klammer die alte Artikelnum merung mit dem Zusatz "ex" angegeben.


7 Vgl. statt aller nur Führkilkmof, NWIV 1997, 3209.


sionsentscheidung ein unternehmerisches Risiko auf sich genommen hat und die Entscheidung sich im Wettbewerb bewähren muss. Um subtile Differenzierungen zu vermeiden, die darauf führten würden, dass die Grenzen dieses Beitrages bei weiterem gesprengt würden, soll im folgenden davon ausgegangen werden, dass alle dem Staatsunternehmen gewährten Beihilfen als "Altheilhfen" anzusehen sind. Mit dieser großzügigen Vorgehensweise wird die Beihilfenform gewählt, die eine deutlich geringere Kontrollintensität und die bei weitem weniger einschneidenden Konsequenzen aufweist.


Es stellt sich nun die Frage, wie diese Kontrolllastigkeit der Beihilfen, mit denen Hilfe die Festnetzinfrastruktur ausgebaute wurde, im Rahmen der Auslegung des Art. 14 GG zu berücksichtigen ist.

3. Die asymmetrische Regulierung im Lichte des Art. 14 GG nach herkömmlicher Dogmatik


In diesem Zusammenhang ist das Kriterium der eigenen Leistung von herausragender Bedeutung - auch im Hinblick auf die Befugnis des Gesetzgebers zur Inhalts- und Schrankenbestimmung (Art. 14 I 2 GG). Das BVerfG formuliert bereits 1962: "[Das] was der einzelne durch eigene Leistung erworben hat, ist in besonderem Sinne als sein Eigentum anzu-

kennen und gegenüber Eingriffen als schutzwürdig anzusehen (1)". In einem späteren Urteil heißt es: "Je höher der einem Anspruch zugrundeliegende Anteil eigener Leistung ist, desto schwerer tritt der verfassungsrechtlich wesentliche personelle Bezugs- und mit ihm ein tragender Grund des Eigentumsschutzes hervor". Doch auch bei privatrechtlichen Eigentumpositionen können Einschränkungen eher vorgenommen werden, wenn sie auf staatlicher und nicht auf eigener Leistung beruhen. So stellte das BVerfG "einschlägig die Eigentumspositionen der ehemaligen Arbeterwohnungsbaugenossenschaften der DDR fest: "Die rechtliche und tatsächliche Ausgangslage der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften war dadurch gekennzeichnet, dass ihre Eigentumspositionen nur zum Teil auf eigenen Leistungen und denen ihrer Mitglieder beruhten. (...) Die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften waren danach ursprünglich keine privatrechtlich privilegierten Unternehmen, sondern der Sachen nach mitbetriebliche Organe staatlicher Wohnungsbaupolitik. Diese Ausgangslage erlaubte es ihnen weiterreichende Bindung aufzuerlegen als Eigentümer, die ihr Eigentum ohne staatliche Forderung erlangt haben".


Eine gesteigerte Sozialpflichtigkeit ergibt sich aber auch noch aus einem anderen Geschichtspunkt. Nach der Rechtsprechung des BVerfG setzt sich der Eigentümer bei einer starken "sozialen Verpflichtung" des Eigentums dem beschränkenden 'Zugriff' des Gesetzgebers in einem erhöhten Maße aus. Zusammenfassend formulierte das BVerfG im Jahre 1996: "Der Eigentumschutz weicht um so schwerer, je mehr der betroffene Eigentumseigentümlicher die Vorteile der persönlichen Freiheit des Eigentümers dient. Wird der Eigentumseigentümer dadurch dritten zur entgeltlichen Nutzung überlassen und dient er deren Freiheitssicherung, so verlangt das Gesteh eine am Gemeinwohl orientierte Eigentumsnutzung eine verstärkte Rücksichtnahme auf ihre Belange. Je mehr das Eigentumsvorrecht in einem sozialen Bezug steht und eine so-

19) Fechten, EuZW 1998, 495 (446), weist mit Recht darauf hin, dass auch aufgrund der Regelung die FNGE Entscheidung "eine hervorragende Rolle für die Postulierung eines Geltungsvertrags des EG-Rechts vor nationalen Recht für den konkreten Fall" geschaffen hat.

20) BGBI I 1994, 2325 (2339).
21) Auf die unermeßliche Frage, ob der gesetzliche Eigentümereigentumswert am Festnetz gegen Art. 87 II GG verstoßen habe und daher nicht vorgenommer kann, hier kann nicht eingegangen werden. Einen Verstoß nimmt etwa Moritz an (CR 1998, 13 (16)); gegen die Position des Stw. Dietel, ArchIP 1998, 309 (321);
22) BVerfG 14, 248 (293) = NJW 1963, 29; Herv. durch die Verf.
26) In freilich anderem Zusammenhang formuliert Ebers echter sowjet, nicht wie z.B. unterliegt einer höheren Sozialpflichtigkeit als derjenige, der auf sich selbst angewiesen ist" (VfDES, 51 [1992], 211 [232]; vgl. auch BVerfG 21, 150 [158]; s. NJW 1967, 175).
27) Vgl. Wunder o. Fuhr. 25; Art. 14 Rdnr. 111.
Die Förderung alternativer Energiequellen durch das Stromspeisungsgesetz

Dr. Hermann Pünder, LL. M. (Iowa), Münster

Die Förderung alternativer Energiequellen durch das Stromspeisungsgesetz auf dem Prüfstand des europäischen Gemeinschaftsrechts


I. Einleitung


34) H. Balmers, J. Bullinger S. A. [1974] 3 WLR 202, 209 C-D.